

General-Anzeiger

Elberfeld
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Kaiserstr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

für Elberfeld-Barmen
(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt.)

Barmen
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Kettnerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

Frankreich sucht die Entscheidung über Oberschlesien hinauszuschieben.

Eine französische Note voll unbewiesener Anklagen gegen Deutschland. — Vorstellungen Laurents in Berlin. — Die Antwort Rosens. Das Reichskabinett. — Zurückhaltung der französischen Presse. — Französische Angriffe auf England. — Rundgebung in Berlin.

Frankreichs Note.

BB. Berlin, 17. Juli. (Dr. Hb.) Das französische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht folgende Note:

Nachdem die englische Regierung einerseits festgestellt, daß die internationalisierte Kommission in Oberschlesien das Volksabstimmungsgebiet durch die polnischen und deutschen Vandalen räumen lassen und die Verwaltung des ganzen Volksabstimmungsgebietes wieder übernehmen sollte, und nachdem die englische Regierung andererseits feststellte, daß der französische, englische und italienische Kommissar die Unmöglichkeit anerkannten, den drei Regierungen einen gemeinsamen Vorschlag zu erstatten und die Lösung der ober-schlesischen Frage der Entscheidung der drei Regierungen zu unterbreiten, hat die englische Regierung es angenommen, daß eine Sachverständigenkommission sich in Paris zu Beginn der nächsten Woche versammelt. Diese Sachverständigenkommission soll ihren Bericht innerhalb weniger Tage redigieren, damit der Oberste Rat sich gegen den 24. Juli versammeln und eine Entscheidung vor dem Monat August treffen könnte. Die französische Regierung stimmte zu, daß die Sachverständigenkommission sich sofort in Paris versammle, das ober-schlesische Problem von allen Seiten zu betrachten und dem Obersten Rat entweder einen gemeinsamen Vorschlag erstatte, welcher die Entscheidung der Regierungen erleichtern könnte oder einen feierlichen Bericht ausarbeite, welcher die Unterbreitung der Regierungsbereitungen vorbereiten würde. Der französische Ministerpräsident hat ebenfalls nach London und Rom die Informationen über die militärischen Vorbereitungen der Deutschen in Oberschlesien an den Völkern des Volksabstimmungsgebietes mitgeteilt, welche die Entscheidung der Alliierten vor ein unauflösliches Problem stellen würden, wenn die internationale Kommission von Oberschlesien wegen der geringen Zahl ihrer Truppen ohnmächtig ist.

In dem Volksabstimmungsgebiet wurden Attentate gegen die Truppen und Beamten der Armee, namentlich gegen französische, versucht. Major Montague in Weiden ermordet. (Das wird behauptet, obwohl in Alliierten-Kreisen angenommen wird, daß der Major das Opfer einer verirrten französischen Kugel geworden sei.) Am 8. Juli wurde ein französischer Kontrolleur in seinem Hotel in Ratibor angegriffen. Am 12. Juni fand ein Anschlag auf das Haus des Hauptmanns Zug in Oppeln statt. Der Leutnant Dubal wurde durch einen Dolchstoß getroffen. Der französische Untersuchungsrichter Schaeblin wurde brutalisiert und beraubt, ohne daß die Polizei eingriff. Die Häufung dieser Verbrechen, welche auf die Mitglieder der Freikorps zurückzuführen ist, ist bezeichnend. Andererseits wurden die Selbstschutzorganisationen nicht entworfen und nur zum Schein benutzt. Die Kontrollposten erhielten nur 250 Gewehre und ein Maschinengewehr, welches außer Dienst gestellt wurde. Von den 40.000 Mann, welche die Armee des Generals Höfer bilden, sind 10.000 im Lande geblieben. 10.000 wurden in Gruppen verteilt und an verschiedenen Plätzen versammelt. Ungefähr 20.000 Mann blieben in Mittel- und Niederschlesien. Andere erhielten weiteren Urlaub und wurden wie die Studenten nach Hause geschickt, um auf den ersten Aufruf wieder zurückzukehren. So blieben also die deutschen Vandalen (1) entweder im Abstimmungsgebiet oder an seinen Pforten gerüstet. Von General Höfer gehen zugleich Erklärungen aus, die er seinen Offizieren abgab. Sie bezogen seinen Entschluß, mit Gewalt in Oberschlesien bei der ersten Gelegenheit zu intervenieren und sich in jedem Falle einer Entscheidung der Mächte zu widersetzen, wenn diese Deutschland nicht volle Genugtuung in der ober-schlesischen Frage gibt.

Die französische Regierung ist der Auffassung, daß es unmöglich sei, den Obersten Rat noch einem Studium der Sachverständigenkommission, die nur wenige Tage dauern würde, zu versammeln, um eine imdifferenzierte Entscheidung in einer so schweren Frage zu treffen, wobei man unter der Drohung Deutschlands bleibe, welche ohne Zweifel einen polnischen Gegenangriff herbeiführen und die Alliierten in den Krieg hineinziehen könnte. Die Alliierten waren gütiglich ihres letzten Abkommens der Ansicht, daß es unmöglich sei, das Studium der endgültigen Lösung praktisch zu beginnen, solange die Kommission nicht ihre Autorität über das Volksabstimmungsgebiet wieder vollkommen besäße, befreit von den polnischen und deutschen Vandalen und von den Drohungen, denen sie gegenüber stand. Denn dadurch war die Durchführung der Entscheidung dieser Kommission und der Entscheidung der Mächte jeder Augenblick der Gefahr ausgesetzt, einen Mißerfolg zu erleiden, und dadurch war auch die Anwendung des Versailles-Friedensvertrages durch die Gewalt verhindert. Die letzten Nachrichten, welche die ober-schlesische Kommission und die alliierten Regierungen besitzen, beweisen, daß die Lage eben genau diese und es nicht gestattet, die Waffen blindlings in ein Abenteuer zu stürzen, welches darin bestünde, daß eine Entscheidung getroffen würde, der die alliierten Truppen keinen

Respekt verschaffen könnten. Der französische Ministerpräsident hat diesen Standpunkt nach London und Rom mitgeteilt, indem er vorschlug, daß die alliierten Regierungen vor ihrer Beratung und vor der Versammlung des Obersten Rates die notwendigen Verstärkungen nach Oberschlesien entsenden, um die Sicherheit herzustellen, welche den Friedensvertrag und den Entscheidungen der Alliierten Respekt verschaffen könnte. Die französische Regierung hat bereits in dieser Hinsicht Dispositionen getroffen. Gleichzeitig erhielt der französische Botschafter in Berlin den Auftrag, die ernsthafte Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Lage in Oberschlesien und die Lage und Vorbereitung der kleinen Armee des Generals Höfer zu lenken, welcher nicht zögerte, zu erklären, daß er bereit sei, mit Gewalt einzuschreiten, wenn die äußersten Ansprüche der Deutschen nicht Genugtuung erhielten. Charles Laurent wird noch einmal die Schwere der Verantwortung aufzeigen, welche Deutschland in diesem Falle auf sich nimmt.

Die Vorschläge Charles Laurents sollen durch die Vorschläge des englischen und italienischen Botschafters unterstützt werden, um ihren vollen Wert zu erhalten. Dispositionen sollen von der deutschen Regierung getroffen werden, damit die alliierten Verbündeten rasch nach Oberschlesien transportiert werden könnten. In Erwartung des Ergebnisses dieser Schritte zur Wiederherstellung der Sicherheit Oberschlesiens durch eine genügende Anzahl alliierter Truppen kann sich die Sachverständigenkommission versammeln und alle Seiten des Problems ins Auge fassen, ferner die Lösung, sowie die Anwendung des Friedensvertrages vorbereiten, denn dieser soll keinesfalls ein Mißerfolg sein, weder von deutscher noch von polnischer Seite. Wenn die alliierten Truppen insdanehm sein werden, die Durchführung des Friedensvertrages in Oberschlesien zu sichern, erst dann wird der Oberste Rat in der Lage sein, sich zu versammeln.

Laurents Vorstellungen in Berlin.

WTB. Berlin, 16. Juli. (Dr. Hb.) Heute nachmittag besuchte der französische Botschafter Laurent den Minister des Auswärtigen, Dr. Rosen, um ihm im Namen seiner Regierung folgende Eröffnungen zu machen:

Die sehr bestimmten und eingehenden Berichte des Generals Berond und die dringenden Mitteilungen der polnischen Regierung lassen keinen Zweifel über den in Folge des Verhaltens der Deutschen immer drohender werdenden Charakter der Lage in Oberschlesien und zwar wegen der Nichtablieferung der Waffen, wegen der Aufrechterhaltung der deutschen Vandalen im Abstimmungsgebiet selbst oder an seinen Grenzen und wegen der Gefahr einer gewalttätigen Aktion in Oberschlesien, sei es vor der Mitteilung einer Entscheidung der Mächte oder sei es unmittelbar danach, wenn Deutschland nicht voll bestraft wird. Die ungenügenden Maßnahmen und unmittelbaren Forderungen des Generals Höfer bestätigen die Schwere des in Oberschlesien sich vorbereitenden Angriffs. In dem Abstimmungsgebiet selbst mehren sich die deutschen Attentate, die besonders gegen die französischen Truppen und Beamten gerichtet sind. Die Lage wird immer beunruhigender. Am 4. Juli wurde Major Montague meuchlings in Weiden ermordet. Am 8. Juli wurde in Ratibor ein Adjutant des französischen Kontrolleurs in seinem Hotel angegriffen und konnte sich nur dadurch retten, daß er sich in seinem Zimmer verborg. Am 12. Juli wurde der französische Hauptmann Zug in einem Hause von einer Anzahl bewaffneter Männer angegriffen. In Oppeln wurde Leutnant Dubal mit einem Dolch bedroht; er konnte sich aber, ohne verwundet zu werden, losmachen. Eine Bombe wurde in der Nähe eines Hotels geworfen. Ein französischer Beamter, der als Untersuchungsrichter fungiert, Schaeblin, wurde angefallen, seiner Briefkiste und seiner Papiere beraubt und heftig verprügelt, ohne daß die Polizei einschreiten wollte.

Die häufige Wiederholung dieser Attentate ist bezeichnend. Bei den Verhaftungen ergab sich, daß die Urheber dieser Verbrechen Mitglieder von Freikorps sind, die nicht zu diesem Gebiet gehören. Die Selbstschutzorganisationen sind nicht entworfen und nur zum Schein benutzt worden. Es ist festzustellen, daß von den 40.000 Mann nur 10.000 Mann aus dem Gebiet stammen. Weitere 10.000 Mann sind in Gruppen verteilt worden und im Gebiete verstreut. Von den 20.000 Mann, die abtransportiert wurden, ist der größte Teil in Mittel- und Niederschlesien geblieben. Die Studenten wurden in ihre Heimatorte zurückgeschickt, sind aber bereit, auf den ersten Ruf hin wieder herbeizukehren; ein Teil von ihnen wurde nur für einige Tage in Urlaub geschickt. So bleiben die deutschen Vandalen überall, sei es an seinen Grenzen. Die Stämme dieser Bataillone, die zur Bildung der Armee die-

nen, wurden nicht aufgelöst, sondern werden fortwährend vermehrt. Das Kommando bleibt am Platze; General Höfer ist in Briga. Die Waffen wurden den Kontrollposten nicht übergeben, die nur auf 250 Gewehre und unbrauchbares Maschinengewehr beschränkt waren, während 20.000 Mann mit modernen Waffen versehen waren. Auf diese Weise behielten die Selbstschutzorganisationen ihre Waffen, halten ihre Bestände aufrecht und sind bereit, auf das erste Zeichen hin einzugreifen. Die Verantwortlichkeit der Regierung bleibt ebenso wie bisher voll bestehen, weil sie die Rekrutierung, den Transport und die Bewaffnung der Selbstschutztruppen sowie ihre Zusammenziehung und ihren Fortbestand in Oberschlesien duldet.

Unter diesen Umständen kann angefochten das Drängen der deutschen Regierung, die französische Regierung nicht daran denken — sie ist überzeugt, daß die Alliierten ebenfalls daran denken — nach einer ober-schlesischen Prüfung von einigen Tagen durch eine Sachverständigenkommission eine endgültige Entscheidung in der ober-schlesischen Frage zu treffen, die unmittelbar den Angriff einer wirklichen, ausständigen gebildeten deutschen Armee hervorrufen und ohne Zweifel durch eine Abwehraktion der Polen beantwortet werden würde. Die alliierten Regierungen würden sich dann in die Kriegserregnisse hineinziehen lassen. Sie würden es nämlich nicht zulassen können, daß der Vertrag von Versailles verletzt und ihre Entscheidung mißachtet wird. Die französische Regierung, die auf Wunsch ihre Verbündeten durch die Zahl der Truppen und Beamten, die sie nach Oberschlesien entsandt hat, und durch den Vorstoß in erster Linie die Verantwortung trägt, hat mit Rücksicht auf die schwere deutsche Verdröhung Vorkehrungen getroffen, um unverzüglich eine Division zur Verstärkung nach Oberschlesien zu senden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und den drohenden Gefahr zu begegnen.

Im Anschluß an diese Eröffnungen stellte der französische Botschafter an die deutsche Regierung folgende Forderungen:

1. Es wird von Deutschland jede Maßregel verlangt, die notwendig ist, um die Selbstschutz- und Freikorps-Organisationen zu entwerfen, aufzulösen und von der Grenze Oberschlesiens zu entfernen.
2. Deutschland wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Entscheidungen der alliierten Mächte und die Ausführung des Friedensvertrages in Oberschlesien keinen Widerstand finden.
3. Deutschland hat alle Maßnahmen zu treffen für eine schnelle Beförderung der Verstärkungen, die eventuell nach Oberschlesien gesandt werden sollen.

Rosens Antwort.

Der Minister des Auswärtigen hat bei Entgegennahme dieses Schrittes des französischen Botschafters sofort mit großem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß schon seit Wochen — und namentlich seit der sogenannten Säuberungsaktion — ähnliche und noch viel schärfere Klagen täglich und stündlich von deutscher Seite in Oberschlesien erhoben werden. Dr. Rosen hat den französischen Botschafter auch daran erinnert, daß er schon vor Beginn der Säuberungsaktion die Zweifel des deutschen Kabinetts an deren Wirksamkeit unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht und als die Überzeugung der Reichsregierung ausgesprochen habe, daß die polnischen Jungmänner nur äußerlich entworfen seien, im Wirklichkeit aber im Lande verbleiben und dort ihre terroristische Tätigkeit weiter ausüben würden. Am 7. Juli hat der Minister des Auswärtigen ferner dem französischen Botschafter durch die Rattowitzer Großindustriellen Mitteilungen machen lassen, durch die die Richtigkeit dieser Voraussage bestätigt wurde. Diese Mitteilungen eines Rattowitzer Augenzeugen, von denen die französische Regierung Kenntnis hat, enthielten tatsächlich Angaben darüber, daß nur die polnischen Regularien und ein Teil der Haller-Soldaten über die Grenze abtransportiert seien und zwar um jenseits weiter ausgebildet und zu Stammsformationen für den vierten polnischen Aufstand zusammengefaßt zu werden; daß die Waffen nicht abgegeben, sondern versteckt und, um gegen Beschädigung durch Rasse geschützt zu sein, zum Teil in eigens dazu hergestellten Zinkfässen vergraben seien; daß Plünderungen und Verschleppungen noch wie vor stattfänden und daß die Or-

ganisation der Jungmänner voll bestehen geblieben sei. Durch die Annahme, die sogar Herrn Rortant den Verbleib in Oberschlesien ermöglichen, sei hierzu jede gewünschte Erleichterung geboten.

Nach diesen vorläufigen Erwiderungen bezieht sich der Minister des Auswärtigen die endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung auf Grund eingehender Prüfung aller in der Eröffnung des französischen Botschafters enthaltenen Punkte vor.

Das Reichskabinett und die Note.

GA. Berlin, 17. Juli. (Eig. Dr. Hb.) Bereits am Samstag nachmittag um 5 Uhr hat sich das Kabinett im Rahmen einer für die Erledigung laufender Fragen vorgesehener Sitzung mit der neuen Oberschlesiennote der französischen Regierung beschäftigt. Angehört der Sachlage konnten endgültige Beschlüsse über eine Beantwortung dieser Dokumenten selbstverständlich noch nicht gefaßt werden. Wie auch schon Minister Dr. Rosen in seiner vorläufigen Erwiderung an den französischen Botschafter hervorhob, müssen zunächst die Angaben der Note überprüft werden. Nach Eingang des Ergebnisses der sofort eingeleiteten Ermittlungen wird dann die Antwortnote nach Paris abgehen. Es ist aber doch ein mehr als eigenartiges Rätsel, daß die Lage so darzustellen, als ob der Friede von Deutschland über dem deutschen Selbstschutz ausgedroht sei. Deutschland und die deutsche Bevölkerung in den bedrohten Gebieten haben in den vergangenen Monaten eine Geduld und Langmut gezeigt, die kaum zu überbieten ist, im Gegenzug die in den Polen, die auch jetzt noch kein Fehl daraus machen, daß sie getötet sind über eine für sie ungünstige Entscheidung mit Wassergewalt hinwegzusehen. Mit welchen Mitteln von Warschau aus gearbeitet wird, das zeigt deutlich die jetzt auch von der Warschauer „Robotnik“ bestrittene Meldung, daß im Einverständnis mit der polnischen Regierung Rortant nach Paris reisen wird, um an der Entscheidung über Oberschlesien mitzuwirken. Der neue Schritt Brionds richtet sich nicht allein gegen Deutschland, sondern unweifelhaft auch gegen England, dessen Beauftragte in Oberschlesien nicht beabsichtigen den französischen Wünschen im Oberschlesien nachzukommen. Bilettist spielt bei der Entsendung einer französischen Truppenmacht nichts anderes mit, als die Eifersucht auf das englische Militär, das jetzt in Oberschlesien von der deutschen Bevölkerung als Schutz angesehen wird und weitgehendes Vertrauen besitzt.

Die Berliner Rundgebung.

WTB. Berlin, 17. Juli. Gestern nachmittag 1 Uhr empfing der Reichskanzler Dr. Brüning die Herren des Reichskabinetts und des Reichsjustizministeriums für die am Vorabend verabschiedete Rundgebung für Oberschlesien in der Wilhelmstraße und die Redner, die sich an dem Abend der einmütigen Rundgebung für das deutsche Recht auf Oberschlesien zur Verfügung gestellt hatten, darunter Erzbischof von Harnack und Reichspräsident. Professor Dr. Harnack übergab die gefaßte Entschließung der Versammlung dem Kanzler mit der bewegten Bitte, in der politischen Arbeit für die Rettung Oberschlesiens nicht zu ermüden und wie bisher alle Kräfte darauf zu verwenden, damit dem deutschen Volk und dem deutschen Recht durch die Entschleunigung der Entscheidung der Mächte keine Nachteile erwachsen. Der Reichspräsident nahm die Entschließung mit Dank entgegen und versicherte im Namen der Reichsregierung, daß er nichts unterlassen werde, um die Entscheidung über Oberschlesien, die der Friedensvertrag in die Hände fremder Mächte gelegt habe, im Interesse des deutschen Rechts, der deutschen Zukunft und zum Wohl Oberschlesiens herbeizuführen. An der Aussprache, die sich an die Übermittlung der Entschließung angeschlossen, beteiligten sich entsprechend dem interparteilichen Charakter der Versammlung in der Wilhelmstraße auch Politiker, die den Regierungen nicht angehören.

Die Pariser Presse.

WTB. Paris, 17. Juli. (Dr. Hb.) Die Pariser Presse berichtet von der französischen Note über Oberschlesien nur eine teilweise Zustimmung zu dem Inhalt. (Gestern Abend erhielt das Reich eine einzige Stimme für Brionds Schrift.) Auch der Regierung nahestehende Blätter drücken Zweifel darüber aus, ob die vom Ministerpräsidenten angenommene Haltung die richtige sei. Das „Gefühlswort“ „Le Peuple“ schreibt: Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die französische Note einen direkten Angriff gegen die englische Regierung darstellt. Zwei Dinge erregen in der Note hauptsächlich Anstoß. Das eine ist, daß die französischen Diplomaten trotz aller Erklärungen nicht darauf verzichten wollten, Frankreich den Generalplan zu lassen. Das zweite, daß die militärischen Maßnahmen den Eindruck erwecken, Frankreich treibe Vorbereitungen zu einer Aktion, die sich nur mit Gewalt durchsetzen läßt. — Der „Populaire“ führt aus: Die französischen Soldaten sollen noch einmal und immer wieder das maurische und gefürchtete Handwerk des europäischen Generalplan spielen. Die öffentliche Meinung der französischen Arbeiterwelt wird gereizterweise erregt sein, wenn sie vernimmt, daß die französische Regierung Fortschritte zur Entscheidung der Entscheidung getroffen hat, ohne das Parlament vor sich zu bringen. Das Wort trägt, warum machte die französische Regierung aus Anbittern auf die Verantwortung der Entscheidung der Mächte, welche als ob der Aufstand Rortants nicht stattgefunden habe, und wie könne

tag schon nach kurzem Gebrauch das Kussleben derselben
 bedeutend verbessert wird. — Zu haben in Elberfeld bei
 Otto Blume jun. Eld. Königsr. 49;
 Albert Grimm, Eld. Kaiserstr. 10;
 Karl Leimberg, Eld. Wallstr. 11; 13;
 Louis Tappin, Eld. Schwandenstr. 22.

